

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1928**

147 (26.6.1928)

# Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellengesuche 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtentgeltung des Anzeigenplatzes, bei gerichtlichem Streit und bei Anzeigen außer Kraft tritt ein. Geschäfts- und Gerichtsstand: Karlsruhe i. B. o. Schlus der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatl. 2.80 Mtr. o. Ohne Zustellung 2.20 Mtr. o. Durch die Post 2.66 Mtr. Einzelhefte 10 Pf. Sonntags 18 Pf. o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellnummer 2855 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Markstraße 28 o. General 7020 und 7021 o. Postfach-Mitteilungen: Durich, Westendstraße 22, Baden-Baden, Telephonstraße 24, Kaffee, Telephonstraße, Offenburg, Langenstraße 28

Nummer 147 Karlsruhe, Dienstag, den 26. Juni 1928 48. Jahrgang

## Kabinet Müller-Franken

Kein Koalitionskabinet, aber aus Persönlichkeiten der Parteien der großen Koalition gebildet

In pflichttreuer Befolgung der Aufgaben, die der Wahlfall der Sozialdemokratie zugewiesen hat, nämlich bei der Regierungsbildung die Führung zu übernehmen, hat der Herrmann Müller-Franken, nachdem seine Versuche erfolglos geblieben sind, eine Regierung auf der Grundlage der großen Koalition wie der Weimarer Koalition zu bilden, sich bemüht, nunmehr ein Kabinet der Parteien zu bilden, um die Regierung zu bringen, also ein Kabinet, dessen Mitglieder zwar die Genehmigung ihrer Fraktionen erhalten, aber fraktionell angeblich nicht gebunden sind. Es anzunehmen, daß es Herrmann Müller-Franken noch im Laufe des heutigen Tages, spätestens aber morgen gelingen wird, ein solches Kabinet zu bilden, das dann durch den Reichspräsidenten ernannt und genehmigt werden würde. Vorbehaltlich von Veränderungen, die sich im Laufe des heutigen Tages und aus den Beratungen der Fraktionen ergeben könnten, dürfte das Kabinet Müller-Franken wie folgt zusammengefaßt sein:

- Reichspräsident: Müller-Franken (SPD),
- Reichsaußenminister: Dr. Stresemann (DVP),
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Curtius (DVP),
- Reichsjustizminister: Dr. Koch (DVP),
- Reichsinneminister: Dr. Hilferding (SPD),
- Reichsarbeitsminister: Severing (SPD),
- Reichsverkehrsminister: Dr. Brauns (Zentr.),
- Reichsminister für die besetzten Gebiete: v. Guérard (Zentr.),
- Reichswehrminister: Dr. Groener (ohne Partei),
- Reichspostminister: Dr. Schäkel (Bauer. Volksp.).

Das Amt des Vizekanzlers soll anscheinend nicht besetzt werden, weil Dr. Brauns, falls er dem neuen Kabinet angehört, der weitaus dienstfähigste Minister ist und als solcher ein weiteres der Stellvertreter des Reichspräsidenten. Schwieberten scheint noch die Befehdung des Reichsernährungsministeriums zu bereiten. Ebenso ist zur Stunde noch ungeklärt, ob das Zentrum in Zukunft das Arbeitsministerium erhält. Es scheint in der Tat aus ärztlichen Gesundheitsgründen heraus Bestrebungen sich geltend zu machen, die das Zentrum dazu bringen sollen, daß es im neuen Kabinet das Arbeitsministerium nicht mehr befehdt, sondern dieses Ministerium der Sozialdemokratie überläßt. Herrmann Müller-Franken hat übrigens die Fraktionen, aus denen Männer in das neue Kabinet genommen werden sollen, dringend ersucht, ihm bis heute mittag klare und präzise Antworten auf die Beschlüsse mitzuteilen. Heute nachmittag um 4 Uhr tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, die ihrerseits zur Personenfrage Stellung nehmen und Beschlüsse fassen wird, soweit sozialdemokratische Persönlichkeiten für das neue Kabinet in Betracht kommen.

Über die Verhandlungen und Vorgänge bei den Bemühungen des Herrmann Müller-Franken, ein Kabinet auf die Beine zu stellen, berichtet der SPD-Dienst folgendes:

Am Montag hatte Abgeordneter Herrmann Müller-Franken eine ganze Reihe von Persönlichkeiten verhandelt. Die Ergebnisse besaßen sich auf die Möglichkeit der Bildung einer sozialdemokratischen Koalition, und einer Regierung ohne Bindung an die Fraktionen. Das Zentrum und die sozialdemokratische Volkspartei haben sich am Montag für die zweite Möglichkeit ausgesprochen. Im Vordergrund der von Herrmann Müller-Franken angeführten Verhandlungen stand deshalb bereits am Montag die Bildung eines Kabinetts ohne offizielle Bindung an die Fraktionen. Die Koalition der Parteien, die sich in der Weimarer Koalition gebildet haben, ist bisher nicht gelöst worden. Diese Verhandlungen haben ergeben, daß die Minister Brauns, Curtius, Gröner und Hilferding aus dem künftigen Kabinet Müller-Franken angehören werden. Die weiteren Kandidaten kommen ferner von der Sozialdemokratie, dem Zentrum, dem Bauern- und Arbeiterpartei, dem Reichsinneministerium in Frage. Eine endgültige Entscheidung über die von der Sozialdemokratie zu befehden Ministerien dürfte in das Kabinet zu befehdenen Persönlichkeiten dürfte am Dienstag die sozialdemokratische Reichstagsfraktion treffen. Die Befehdung des Reichsernährungsministeriums, des Justizministeriums, des Verkehrsministeriums und des Ministeriums für die besetzten Gebiete ist noch zweifelhaft. Eines dieser Ministerien dürfte noch an die Sozialdemokratie. Das Zentrum dürfte 2 dieser Ministerien erhalten und voraussichtlich die Abg. Wirth und Groener zu ihren Vertretern bestimmen, so daß sich in dem Kabinet wiederum 3 Zentrumsmittelglieder befinden werden. Das Reichsjustizministerium fällt wahrscheinlich an die Demokraten, die Reichsarbeitsminister. Es ist im übrigen zu erwarten, daß der Herrmann Müller-Franken dem Reichspräsidenten am Dienstag eine endgültige Ministerliste vorlegen kann.

In der Presse ist inzwischen ein Streit darüber entstanden, wie die neue Regierung taufen soll. Allerlei Namen sind auf: Kabinet der Köpfe, der Persönlichkeiten und was nicht alles. Wir sind der Meinung, daß man davon ablassen sollte. Es ist bei der Regierung, sich durch Zahlen einen guten Ruf und einen Namen zu schaffen. Bis dahin stehen wir es vor, von dem Kabinet Müller zu sprechen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat sich am Montag abend mit der Regierungsbildung beschäftigt und beschlossen, grundsätzlich für die Kabinettsbildung vorgelegene Mittelglieder der Fraktion die Genehmigung zum Eintritt in die Reichsregierung zu geben. Die Entscheidung über die Personenfrage wurde bis Dienstag vormittag 11 Uhr zurückgestellt. Voraussichtlich wird der Abg. Dr. Wirth das Verkehrsministerium und der Abg. v. Guérard das Ministerium für die besetzten Gebiete übernehmen. Das anfänglich vorgelegene Amt eines Vizekanzlers soll nicht geschaffen werden. Strittig ist im Zentrum noch, ob man sich als drittes Ministerium für das Reichsarbeitsministerium oder das Reichsernährungsministerium entscheiden soll. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften in der Zentrumsfraktion opponieren äußerst hart gegen die Beibehaltung des Reichsarbeitsministeriums. Außer sachlichen Gründen sprechen auch noch persönliche Motive bei dieser Haltung mit. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß das Zentrum auf das Reichsarbeitsministerium verzichtet und dafür das Reichsernährungsministerium übernimmt. In diesem Falle würde die Sozialdemokratie das Reichsarbeitsministerium befehden.

Der Reichspräsident hat den Abgeordneten Herrmann Müller-Franken bitten lassen, ihn bis Dienstag abend 7 Uhr über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten und ihm möglichst eine endgültige Ministerliste vorzulegen.

### Stresemanns Antwort an Müller-Franken

Abgeordneter Müller-Franken hatte an Dr. Stresemann die Frage gerichtet, ob er, Stresemann, bereit sei, als Reichsminister entweder in ein Kabinet der Weimarer Koalition oder der Persönlichkeiten einzutreten. Dr. Stresemann hat auf diese Frage die nachstehend wiedergegebene Antwort erteilt, deren Inhalt mit der Voraussetzung für die Bildung eines Kabinetts der Persönlichkeiten gegeben hat, das vermutlich im Laufe des heutigen oder spätestens des morgigen Tages aufstehen wird. Stresemanns Antwort lautet:

„Ich halte die sogenannte große Koalition für die beste praktische Möglichkeit, um einermöglichen stabile Regierungserhaltung in Deutschland zu schaffen. Dem Versuch, sie auf der Basis eines von den Fraktionen im voraus festgelegten Programms zu bilden, habe ich von vornherein mit Stillsitzen gegenübergestellt, weil es psychologisch kaum möglich ist, ein auf Jahre bezogenes Programm in wirtschafts-, handels-, sozial-, innen- und außenpolitischer Hinsicht im voraus von allen beteiligten Fraktionen sich lassen. Nachdem dieser Versuch, wie Sie mir mitteilen, von Ihnen als gescheitert angesehen wird, beabsichtige ich, die sogenannte Weimarer Koalition zu bilden

und haben an mich die Frage gerichtet, ob ich bereit sein würde, mich dieser Koalition als Reichsminister zur Verfügung zu stellen. Ich muß diese Frage verneinen. Einmal ist dies angesichts meiner Stellung in der Partei unmöglich und weiterhin erschwert mir die Weimarer Koalition als eine zu schwache Basis, um die großen außenpolitischen Fragen, namentlich die Frage der endgültigen Reparationslösung, mit der für die Regierung notwendigen Autorität zu vertreten. Ich glaube noch wie vor, daß ein Zusammenwirken von Sozialdemokraten bis Volkspartei notwendig und möglich ist. Dieses Zusammenwirken wird am besten zum Erlöse führen, wenn Persönlichkeiten aus den Fraktionen der großen Koalition sich über das Programm klar werden, mit dem sie vor den Reichstag treten und ihrerseits mit diesem Programm stehen und fallen.

Eine solche Kabinettsbildung entspricht auch dem Geiste der deutschen Reichsverfassung, die nur die persönliche Verantwortlichkeit der Reichsminister, nicht aber die Verantwortlichkeit von Fraktionen kennt. Da schon, von wenigen abgesehen, über einen großen Komplex von Fragen überhaupt völlige Übereinstimmung besteht, würde ich vorschlagen, einen solchen Versuch zu machen. Wenn in einigen Fragen nicht alle Fraktionen einstimmig sind, so ist das für das Bestehen der Regierung ebensowenig entscheidend, wie in Preußen, wo die Sozialdemokraten und das Zentrum völlig entgegengesetzte Auffassungen über die wichtige Frage der preußischen Stimmabgabe im Reichstag vertreten. Herr Dr. Curtius, auf dessen Verbleiben im Reichswirtschaftsministerium ich entscheidenden Wert lege, teilt, wie ich aus verschiedenen Gesprächen mit ihm weiß, meine Auffassung.

### Ozeanflieger, Stahlhelm, Publikum

Die deutschen Ozeanflieger waren am Montag abend einer Einladung des Stahlhelms zu einer Kundgebung im Berliner Sportpalast gefolgt. Die Menschenmenge nahm offen gegen den Stahlhelm Partei. Sie wollte nur die Flieger sehen und war im übrigen von der Stahlhelmskundgebung nicht begeistert. Mit erheblicher Verpätung trafen die Flieger im offenen Auto ein. Sie wurden von der Menschenmenge mit Hochrufen begrüßt. Das Auto in welchem die Stahlhelmführer saßen, wurde mit Pfeifen und Töcheln empfangen.

Offenlich lassen sich die Flieger die Entlohnung, die sie am Montag erlebt haben, zur Lehre dienen. Das Volk ist gerne bereit, die Leistung von Männern, die, wie man sagt, ganze Kerle sind, freudig anzuerkennen. Aber das Manichelentum und die Manichelmethoden des Stahlhelms werden eindeutig abgelehnt und es wird bedauert, daß die Flieger sich in die Gesellschaft dieser Sorte von Menschen begeben haben.

## Der Gott der Kapitalisten

### Mussolini redet vor faschistischen Industriellen

Bei der Eröffnung des Nationalkongresses der faschistischen Industriellen Italiens in Rom hat sich Mussolini, der faschistische Diktator, in dem vollen Glanze seiner unbegrenzten Eigenliebe und des unbegrenzten Wohlwollens der faschistischen Großkapitalisten baden dürfen. Tausende von Industriellen, so führt er aus, die ihre volle Zustimmung zum Diktator gegeben haben, sind in dem Augenblick nach Rom gekommen, da bereits die Neuorganisation der nationalen Gesellschaft so gut wie beendet sei. Aber wie die Lage und das Verhalten der Wahrheit die Methode des offiziellen Faschismus ist, so muß auch Mussolini von dem durch ihn geschaffenen Staat ein Bild antworten, das verlogen und falsch ist.

Das Erkmal in der Weltgeschichte, so führt er aus, sei eine große nationale Gesellschaft von 42 Millionen Menschen im Staat und durch den Staat organisiert. Er vermag zu sagen, daß diese Organisation keine Organisation aller Menschenrechte, sondern nur ewige Unterordnung des wirtschaftlich Schwachen unter den wirtschaftlich Starken ist. Von der Berufstellung der italienischen Industriellen sagte Mussolini, daß die Arbeitscharakter unabweisbar die Verwaltung und Verantwortlichkeit für ihre Unternehmungen den Industriellen zuteile. Er vermag hinzuweisen, daß das ausschließlich zum Nutzen des privaten Kapitals geschieht. Als Mussolini über die aus dem neuen System hervorgehenden Pflichten äußerte, sprach er mit keinem Wort von den Pflichten des Kapitalisten in seinem korporativen Staat. Theoretisch bemerkte er — ein wahrer Sohn auf die Lage der Arbeiter in Italien —, daß die Arbeiter nicht mehr Ausbeutungsobjekt, sondern Mitarbeiter der Produzenten seien. Ihr Lebensniveau müsse materiell und moralisch gehoben werden. In Wirklichkeit ist die Lage der italienischen Arbeiter heute durch niedrige Löhne, hohe Steuern, wucherische Preise, lange Arbeitszeit elender als je.

Mussolini unterstellt den unglücklichen, in faschistischen Zwangsverhältnissen organisierten Arbeitern, daß es in ihrem eigenen Interesse liege, in Zeiten der Krise eine Verabstimmung der Löhne anzunehmen. Er verahnt aber zu sagen, daß der Faschismus in Krisenzeiten alles tut, um die Lohnhöhe der Unternehmer zu fördern. Es sei ein Interesse der Unternehmer der Krise die Löhne zu erhöhen. Aber der Faschismus läßt dieses Interesse der Unternehmer an Lohnerhöhungen von den Unternehmern selbst wahrnehmen, ohne daß der Staat eingreift. So ist die Rede Mussolinis auf dem faschistischen Industriekongress in Rom eine einzige Unaufrichtigkeit und Verleugnung der Wahrheit. Kein Zweifel, daß beson-

ders die faschistische Großindustrie Italiens und die faschistischen Großbanken Mussolini und sein System über alles lieben, denn sie haben von ihm nur profitiert und die Mussolinische Diktatur kann sich nur halten, weil das schwere Kapital aller Arten vom faschistischen Regime größten Nutzen hat.

Wir wollen zum Beweise nur wenige Äußerungen von italienischen Großunternehmungen aus deren Geschäftsberichte zitieren. Neun Monate nach der Errichtung des faschistischen Systems sagte der Präsident der großen italienischen Elektrofirma Ansaldo, der gewerkschaftigen Regierung ist im Grunde diejenige Politik, die jahrelang von den italienischen Industriellen und Geschäftsleuten vor dem Auftreten der faschistischen Regierung gefördert worden ist. Wäre Signore Mussolini mindestens vier oder fünf Jahre an der Macht geblieben, fünf Jahre später wird in dem Jahresbericht des größten italienischen Chemie- und Bergwerkskonzerns, der Montecatini-Gesellschaft, gesprochen von der Notwendigkeit der Konsumproduktion zur „nationalen Verteidigung“. „Unser Programm“, so heißt es wörtlich, „ist dasselbe wie früher, alle nationalen Reserven auszunutzen und die Mittel vorzubereiten, die zum wirtschaftlichen Wohlergehen und zur Sicherheit des Vaterlandes notwendig sind. Ein solches Programm duldet keinen Stillstand. Die Montecatini-Gesellschaft steht voller Vertrauen der Zukunft entgegen, mit neuer Kraft, wie es das Schicksal der Größe Italiens erfordert.“ Dieser Geschäftsbericht könnte von Mussolini selbst verfaßt sein, aber auch die Montecatini-Gesellschaft darf die Sprache Mussolinis sprechen, denn sie ist der Gasproduzent des faschistischen Imperialismus und der Verehrer des imperialistischen zu verwendenden italienischen Deeres.

Der italienische Kapitalismus darf Mussolini dankbar sein. Mussolini hat ihm die kampfkraftigen Organisationen der Arbeiterschaft geopfert, den Reunitedentag zur Verfügung gestellt, ihn von der öffentlichen Kritik in Italien befreit, zur Förderung der schweren Industrie die Einkommensteuer befreit und zur Fernhaltung neuer Konkurrenz in Städten von mehr als hunderttausend Einwohnern die Gründung neuer Industrien verboten. Faschistische Regierung und Großkapital arbeiten in Italien enger zusammen als in irgend einem anderen kapitalistischen Lande. Auf dieser Zusammenarbeit, die zugleich die Unterdrückung der Massen ist, ruht die ganze Stärke der faschistischen Macht. Mussolinis Diktatur ist die Diktatur des Großkapitals, dafür war der römische Kongress der deutliche Beweis.



Kannheimer Landgerichtsdirektor Hanemann, also sichtlich feindlich...

Partei-Nachrichten

Der Bezirksausschuß der Sozialdemokratischen Partei Badens

Am vergangenen Montag in Karlsruhe eine aus dem ganzen Lande besuchte Sitzung ab, um zu dem Ausfall der Reichstags...

Die deutsche Volkspartei

Die Masse herunter, — jetzt stehen sie da Ganz wie sie der Himmel geschaffen...

R. u. f. a.

Gewerkschaftsbewegung

Der Dresdener Lederarbeiter-Rangerech beschloß sich am Freitag mit der Streikunterbrechung...

Erstes deutsches Arbeiter-Sängerfest in Hannover 1928

Eindrücke eines badischen Teilnehmers

Wer glaubte, daß die Festkommission nicht recht den gestellten Anforderungen gewachsen wäre...

So wie der Empfang auf dem Bahnhof, so herzlich war der Empfang bei den Quartiergebern...

Franken Arbeiter und Angestellten einzutreten. Nach einer ausgiebigen Debatte über die künftige Regelung der Beitragsleistung...

Ende des Streiks im Mannheim-Ludwigshafener Hafengebiet

23. Karlsruhe, 25. Juni. Der Landesrichter, Landrat Stiehl, hat heute den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Mannheim vom 23. d. M. für verbindlich erklärt...

Gemeindepolitik

Der Freiburger Voranschlag noch nicht genehmigt

Der Voranschlag ist vom Freiburger Bürgerausschuß trotz dreitägiger Verhandlungen noch nicht endgültig verabschiedet worden...

Bürgermeisterwahlen

Welsch-Neureuth. Die Bürgermeisterwahl am Samstag brachte einen vollen Erfolg für unsere Partei und unsere Kandidaten...

Oberachern. Am 22. Juni d. J. war in Oberachern Bürgermeisterwahl...

Sulzbach (Am Goggenau). Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Martin Bastian zum drittenmal wiedergewählt...

Steinmarnen (Kastatt). Die gestrige Bürgermeisterwahl ist resultatlos verlaufen...

Au am Rhein. Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Metz wiedergewählt. Manuiben (Wienental). Die Bürgermeisterwahl am Samstag...

Der Gewinner des großen Loses!

Der Esslinger Jubiläums-Geldlotterie können Sie noch werden. Wenn Sie sich bald ein oder mehrere Esslinger Lose erwerben...

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarkts in Südwestdeutschland

Württemberg und Hohenzollern zusammen 5486, Baden allein 23 347 Erwerbslose

Der Arbeitsmarkt erfuhr in der Vorwoche (14. bis 20. Juni) vornehmlich infolge der gesteigerten Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft...

Verbandstag der Gemeindebeamten und Angestellten Badens

Zu seinem diesjährigen Verbandstag hatte der Verband der Gemeindebeamten und Angestellten Badens Konstantz gewählt...

Unter dem Vorsitz des Stadtoberbauamts Römmer-Mannheim wurde dem die Tagesordnung abgewickelt. Der Geschäftsbericht hebt an erster Stelle hervor, daß das letzte Jahr durch die Loderung der Besoldung eine besondere Note erhalten hat...

Über die gegenwärtige Lage der Besoldungsfrage, insbesondere auf dem Lande referierte Verbandsdirektor Weiler-Karlsruhe, der besonders hervorhob, daß auf dem Lande die Besoldungsordnung in vielen Fällen noch nicht durchgeführt wurde...

Nach dem Vorschlag der Wahlkommission wurde als erster Vorsitzender gewählt Stadtoberbauamt Römmer-Mannheim, als Stellvertreter Verwaltungsoberinspektor Hübinger-Karlsruhe...

Hannover, Dr. Wengé, hinterließ einen gewaltigen, tiefen Eindruck. Es ist unmöglich, alle die vielen Veranstaltungen einzeln hier anzuführen...

Die Aufführung dieses unvergleichlichen Wertes Beethoven durch die Volkssingakademie Mannheim wird eine unaussprechliche Erinnerung bleiben. Professor Arnold Schattlauer hat es verstanden, keine Sänger die Musik erleben zu lassen...

Röschlich war das Zusammenwirken mit dem Solozusatz, welches durch erstklassige Kräfte vertreten war und in ihnen dem Chor eine ebenfalls glänzende Bereicherung anreicherband. Lotte Bonards vertrat kraftvoll leuchtend die Sopranpartie...

Herr Kammerling Prof. Albert Fischer brachte musikalisch tief und klug die Bahnparte zum Ausdruck. Antoni Kahmann aus Frankfurt a. M. wirkte sich mit seinem kraftvollen Tenor gut in das Ensemble ein...

Die Volkssingakademie ist erst im Jahre 1920 gegründet und konnte nur durch die aufopfernde Hingabe des Dirigenten in so kurzer Zeit zu solcher Höhe sich entwickeln. Nicht wenig trug wohl hierzu bei, daß Prof. Schattlauer außer dem musikalischen Instanz der Gemeindefunktion unter den Mitgliefern zu sitzen vermag...

Am Mittwoch morgen herrschte auf dem Bahnhof dasselbe Leben wie bei der Ankunft. Die meisten Gäste fuhren wieder der Heimat zu. Hier konnte man deutlich erkennen, wie schnell Freundschaftsbünde geschlossen wurden...

Es darf festgehalten werden, daß alle Veranstaltungen musterhaft verliefen sind. Kein Witz oder Zwischenfall störte das Fest. Der Deutsche Arbeiterlängerbund hat bewiesen, daß er auf allen Gebieten des Gesanges nur hochwertiges, hochkünstlerisches zu leisten imstande ist...





# Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

## Scharfe Abrechnung mit den Kommunisten — Stärkere Betonung des Verbundenseins der Arbeiter-Sportler mit der Sozialdemokratischen Partei

SPD, Leipzig, 24. Juni 1928.

Die Tätigkeit des Bundestages setzte mit unerschütterlichem Ausdauersehen ein. Wegen bundesschiedlicher Betätigung haben die Mandatsentscheidungen zur Verhandlung, gegen Berliner Genossen Jabel, Gutmann, Kischke, Friedmann und gegen Lisa Lange. Den Verhandlungen der Mandatsentscheidungen über die Bundestage, die es nicht mehr ertragen können, hat, unter dem Vorsitz des Bundestages, in unsere Reihen ihre beengten Handlungsweisen. Während der Debatte, die sich als Gast auf der Tribüne anwesende Mitglieder der SPD, Abt. Leipzig, West-Berlin durch Zwischenrufe provozierte, jedoch unter stürmischen Protestrufen der Delegierten seine Meinung gewinnend wurde. Eine Abstimmung entschied dementsprechend. Entgegen dem Willen der Delegierten, weigerte sich die Tribüne zu verlassen und begann eine provozierende Rede, weshalb er von Ordnern hinausbefördert werden mußte. Meinung der Delegierten spiegelte sich in förmlichen Beschlüssen, die in den Worten Koppischke-Leipzig wieder: „Der Bundestag hat infolgedessen, als es Sozialdemokraten waren, die sie nicht haben, aber es waren endlich einmal Sozialdemokraten, die darauf bestehen haben, daß sie auch eine Seite im Leben der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung sein sollen.“ Es waren Sozialdemokraten, die es nicht mehr ertragen können, daß die „Einheitspartei“, die die SPD in unsere Reihen delegiert hat, unseren Bund zerstören und im Interesse der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung stehen. In diesem Sinne beschloß der Bundestag mit 163:45 Stimmen, die Mandate zu entziehen und mit 21 Stimmen, den weiteren Verbleib der Genannten im Bundestag zu prüfen zu lassen. Aus Gründen, die über Berlin hinausgehen keine Verbindungen haben, wurden die Delegierten der Mandate entzogen.

Nach Erledigung dieser Dinge trat eine Entspannung der Stimmung unter den Delegierten ein, die sich auf die folgenden Verhandlungen befriedigend auswirkte. In einem umfangreichen

Referat des Bundesvorsitzenden, Gen. Geller, wurde die Stellungnahme zu den verschiedenen Werk-, Behörden- und Firmenvereinen dargestellt, desgleichen die tatsächliche Stellungnahme bei der Beteiligung an sportlichen Veranstaltungen der Behörden und Kommunen, an denen auch bürgerliche Sportvereine teilnehmen. Der Grundgedanke des Bundes bleibt: örtliche und zeitliche Trennung vom bürgerlichen Sport. Eine besonders eingehende Berichterstattung erfuhr die Einstellung der Arbeiterparteien zwecks Erlangung finanzieller Unterstützung für den Arbeitersport durch Staat und Behörden.

Parteiliche Agitationsansätze in den Parlamenten, wie sie von der SPD, erfolgen, werden als wertlos betrachtet.

An Hand umfangreichen Materials wurde nachgewiesen, daß die SPD und die Rote Sportinternationale den TSSB, bemüht unterstützen, und daß in diesem Sinne die Stimmungsmache zur Entsendung von Sportdelegationen zur Spartafest der RSD, insbesondere aufzuzogen wird.

Anhaltenden Beifall erhielt Genosse Geller bei seinen Schlussworten: „Möge der Ruf durch alle unsere Vereine bis zur Alexanderstraße in Berlin und darüber hinaus bis nach Moskau erklingen.“

Wir wollen endlich Ruhe haben, wir wollen, daß unsere Organisation erlaßt, das kann nur geschehen, wenn wir stärker als bisher das Verbundensein unserer Mitgliedschaft zur Sozialdemokratie betonen und allen Verbänden, die unsere Organisation zerstören, die Tür weisen.

Als Vertreter des Preussischen Staatsministeriums begrüßte Ministerialrat Dr. Mallois die Tagung und fand anerkennende Worte für die soziale und kulturelle Bedeutung des Arbeitersports.

# Der Verbandstag der Eisenbahner

Frankfurt a. M., 23. Juni. (Eigenbericht.) Der letzte Tag Kongresses der Deutschen Eisenbahner war ein Arbeitstag. Die Kommissarischen Kommissionen gaben ihren Beschlüssen, während im Saal ein großes Aufträumen vor sich und sich schloß auf Beschluß aneinanderreichte.

Am Vormittag ergriffte Reich-Berlin ein vorzügliches Referat über

**Lohnsätze und Gehaltswesen.**

Es war daraus zu erfahren, daß im „Allgemeinen Eisenbahnerverband“ 6,13 Proz. der Lohnempfänger organisiert sind, in der Reichsbahn-Gewerkschaft „Deutscher Eisenbahner“ 13,6 Proz. mäßig der freigewerkschaftliche Einheitsverband 59,2 Proz. der Eisenbahner umfaßt. Der Redner berührte nach diesen Feststellungen den Gehalts- und Gehaltswesen, trat dann für soziale Verbesserungen im Tarifvertrag ein, für den Fortfall der Lohnzulage und forderte statt dieser Besserung der Grundlöhne eine Besahlung der Rentempfangler nach den von ihnen bezogenen Dienstposten an Stelle des Arbeitslohnes. Ferner behandelte er die Urlaubsregelung, die verschiedenen Arten von Zulagen, Besahlung der Schreibhilfen und andere Fragen. Das Ergebnis der Debatte ist in folgendem vom Kongress angenommenen Beschlusse niedergelegt:

Der Gehaltsbereich des Tarifvertrages ist möglichst auf alle Leistungen des Eisenbahners im Lohnverhältnis auszudehnen. Insbesondere muß alles daran gesetzt werden, daß die Zehntarbeiter für den Tarifvertrag fallen. Die Organisation steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die achtstündige Arbeitszeit für die Eisenbahner unbedingt erforderlich werden müsse. Es muß versucht werden, die achtstündige Arbeitszeit im gegebenen Augenblick mit den Mitteln zu erreichen. Das Spannungsverhältnis des Lohnes in ordentlicher Beziehung, das sich ergibt aus Wirtschaftskrisen, Krisen und Krisenlöhne soll möglichst eingeeignet werden. Die Ortszulage soll bei Berechnung von prozentualen Lohnzulagen und Gehältern über den Tarifvertrag als Grundlage angesehen werden. Es ist alles daran zu setzen, die besten Zulagen wie Ortszulagen und Auswärtzulagen und dergleichen entsprechend Gehaltsbewertung zu geben. Der Lohnvertragsvertrag soll künftig umgestaltet werden, daß die Entlohnung der Mitarbeiter im Verhältnis zum Grund ihrer tatsächlichen Leistung auf ihren Gehaltsbereich erfolgt. Die Aufschüpfung der Leistungsfähigkeit soll die Mithilfe der Betriebsvertretungen erfolgen. Die sozialen Verbesserungen des Lohnvertrages (§§ 19 und 22) sind weiter zu berücksichtigen, insbesondere muß Wert darauf gelegt werden, daß die Gehaltszulagen, wie Freizeit zum Baden während der Arbeitszeit, wieder im Lohnvertragsvertrag aufgenommen werden. Die Zulagen aller Eisenbahner aus dem Reichsbahnvertragsvertrag ist wie bisher dem Arbeitgeber zur Entscheidung zu überlassen. Unter Umständen muß die Organisationsleitung bemüht sein, zu verhindern, daß der Tarifvertrag mehr als bisher zum Lohnvertragsvertrag ausgebaut wird. In Bezug auf das Gehaltswesen im Reichsbahnverkehr vertritt die Generalversammlung den Standpunkt, daß die abgeordneten Gehaltsvereinbarungen alle Berufsgruppen, bei denen im Gehaltswesen gearbeitet wird, so weit wie möglich zu berücksichtigen sind. Die Vereinbarungen in jeder Beziehung bedürfen der Zustimmung der Eisenbahnerkollegen. Die ungünstigen Auswirkungen aus den Arbeitsunterstützungen sowie solche von Nichtsüßigkeiten sollen möglichst beseitigt werden. Es soll versucht werden, die Gehaltsgerichts-

seiten so abzufassen, daß einmal erarbeitete Stützseiten nicht durch Verlustarbeiten an anderen Tagen im Lohnvertragsvertrag gefügt werden. Die Organisationsleitung hat in der Zukunft ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Arbeiter bei der modernen Rationalisierung des Arbeitsprozesses ebenso wie Gebirgsarbeiten bewertet werden.“

Nachmittags wurden die

**Statutenänderungen**

angenommen, ebenso die vorerwähnten Beitragserhöhungen. Der nächste Kongress soll in Hamburg stattfinden. Bei den folgenden Vorstandswahlen werden Scheffel-Berlin und Hermann-Nürnberg (unbefolgt) zu Vorsitzenden gewählt. Der übrige Vorstand setzt sich zusammen aus: Köhler (Kassierer) sowie aus den Sekretären: Weitz, Bloch, Breunig, Jahn, Johnde, Kramer, Bräwig, Berner wurden gewählt. Ferner: Berlin, Gudel-Dannover, Hövel-Köln, Kinner-Breslau, Meißner-Karlsruhe, Meißner-Erfurt, Mühlhans-Dortmund, Wegmann-München, Richter-Leipzig, Schaefer-Zena und Schmidt-Darmstadt. Zu Redakteuren werden bestimmt: Wiedmann und Schulze.

Abends schloß Scheffel-Berlin die Generalversammlung mit einem Dank an Frankfurt, an die Presse für deren objektive Berichterstattung mit Ausnahme der kommunistischen Zeitungen, und an alle Kongreßteilnehmer.

# Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Todesfälle und Beerdigungszeiten.** Caroline Fischer, alt 51 Jahre, Ehefrau von Bernhard Fischer, Rangieraufseher (Weierheim), Paul, alt 1 Monat 10 Tage, Vater Günther Reichmann, Chemigraf, Emma Schäfer, alt 70 Jahre, Ehefrau von Georg Schäfer, Zimmermeister (Mühlburg), Franz Beyer, Betriebsassistent a. D., Ehemann, alt 79 Jahre, Beerdigung am 26. Juni, halb 2 Uhr, Margaretha Meiner, alt 85 Jahre, Witwe von Jakob Meiner, Landwirt (Rintheim), Theodor Brand, Hilfsarbeiter, ledig, alt 58 Jahre, Beerdigung am 26. Juni, 2 Uhr, Josef Köhler, Schriftf. Ehemann, alt 56 Jahre, Beerdigung am 27. Juni, halb 3 Uhr, Katharina Bauer, alt 75 Jahre, Ehefrau von Johann Bauer, Privatmann (Mühlburg), Frieda Weidinger, alt 53 Jahre, Ehefrau von Dionys Weidinger, Verwaltungssekretär a. D., Beerdigung am 27. Juni, 2 Uhr.

**Bestattungen:** Georg Schöpplin, Verantwortl. Volllit., Prellsaal Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Regie-Adressen: E. Gräner, a. u. M., Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine Badische Chronik, Aus Weierheim, Druck, Verlagsanstalt, Heilbronn, Braun-Verlag, Hermann Winter, Karlsruhe, Gerout, Gemeindevollst., Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungevolk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Josef Eisele, Verantwortl. für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund & M.H. Karlsruhe.

**Fernlehre für Haushaltungskunde.** Mit der fortschreitenden Erkenntnis, daß Haushaltungskunde ein wichtiger Teil der gesamten Volkswirtschaft ist, wächst das Verlangen der Frauen, Haushaltungskunde zu erlernen, um ihren Haushalt nach wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen führen zu können. Die Fernlehre für Haushaltungskunde ist eine solche, die in Mannheimer-Baden durch die Gründung eines Instituts für Haushaltungskunde ermöglicht wird. Durch monatlich erscheinende Sonderhefte werden Fernlehre abgelesen, die sämtliche Gebiete der Haushaltungskunde (Haushaltungsführung, Schneiden, Gesundheitslehre usw.) umfassen. Jede Hausfrau kann kostenlos dieses Fernlehre ablesen. Ausführliche Prospekt sendet das Institut für Haushaltungskunde in Mannheimer-Baden kostenlos zu.

# Peter Kofegger

(Zu seinem 10. Todestage.)

Sein Jahre sind am 26. Juni vergangen, seitdem Peter Kofegger zu Kriegelach in der Steiermark starb, im gleichen Jahre, in dem er 75 Jahre zuvor geboren war. Er war der Sohn eines Waldbauersleutes gewesen, war dann als Tischlergehilfe in Wien mit seinem Meister im Lande umhergezogen und hatte keine Freude daran gehabt, kleine Stützen zu schreiben. Die Berühmtheit eines Tages an den Redakteur einer literarischen Zeitschrift, Professor Swoboda — so hieß der Redakteur — verwandte sich für den jungen Kofegger, der nun nach Wien kam, in eine Buchhandlung und darauf nach Graz in eine Handelsschule kam.

Im Jahre 1869 ließ Peter Kofegger seine erste Gedichtsammlung „Zitler und Haderer“ erscheinen, mit einem Vorwort von Robert Hametling und warm empfohlen von Johann Grunl. Dann erhielt er ein staatliches Stipendium für Studienreise nach Deutschland, Holland, Schweden und Italien. Ein Jahr später brachte Kofegger sein erstes größeres Werk „Die Schriften des Waldhulmeisters“ auf den Markt. Es begann der literarische Aufstieg des bald vielgelesenen und beliebtesten steirischen Volkserzählers. Werk um Werk erschienen, die Novellen und große Romane, eine lange, lange Reihe, die ihn neben dem Lob und Preis der grünen Steiermark. Die Wilderwälder, der Niedergang des alten Bauerntums, die wilden Natur der Alpen, der angeblich entsetzliche nordalpine Naturismus, die südbische Ueberkultur — das waren seine Stoffe, seine Probleme. Daneben hat er vieles mit einem großen Sonnenstrahl zu verklären gesucht, hat in seinen Büchern anemiefen und hat auch gegen stoffliche Unbilligkeit gekämpft. Es waren im allgemeinen Büdlen aus einer untergeordneten Welt, die dieser als Mensch sehr sympathische, reich behandelte Stoffe formte. Viel Liebe gab er in seinen Büchern, und sein

Werk war voll des guten Willens. In der mehr und mehr auch in seine Heimat vordringenden modernen Zeit sah er wenig Gutes. Die konnte er nicht fassen. Dafür hatte der Dichter zu westabgelebten gelebt und war er schließlich auch bereits zu alt geworden. Jahre und Jahrzehnte sind seit jenen hochtönen Kofeggerischen Schaffens verfloßen. Eine ganze Welt ist in Staub versunken, und eine neue, andere ist gekommen, eine, in der dieser gütige Mann mit seinem grobherzigen alpenländischen Volkstum sich nimmermehr zurechtfinden hätte. Deshalb will auch diese neue Welt von heute nicht mehr recht den Weg zu seinen Schriften finden. Unsere Welt, die, dar aller Ruhe und Beschaulichkeit, Spannungen und Sensationen verlangt, kann sich nur noch mit zehnfach stärkerem literarischem Lobal befriedigen. So kommt es, daß Kofegger-Bücher heute in der Hauptstadt bei der Schullagen und beim gerühmten Alter ihre Liebhaber findet, ja, daß er — und das ist begreiflich — fast hinter Spielbagen zurückgedrängt worden ist. Seine besten Romane die auch in unserer Zeit noch lesenswert sind, bleiben „Der Gottsucher“, „Martin, der Mann“ und — neben den Schriften des Waldhulmeisters — vor allem „Jafob, der Kelt“. Sein einziges Bühnenwerk „Am Tage des Gerichts“, das vor 36 Jahren von der Berliner „Neuen Freien Volksbühne“ aufgeführt wurde, ist eine gekühnvolle soziale Dichtung alten Stils und hat sich auf der Bühne nur kurze Zeit gehalten.

Ueberblickt man heute das literarische Werk Peter Kofeggers und vergleicht man seinen Gehalt mit dem amerikanisierten Tempo unserer Tage, dann erkennt man so recht den Zeitunterschied von einst und heute. Vor lauter Hast und Tagen haben wir keine Ruhe mehr zum Lesen beschaulicher Bücher. Nur der rasende Reporter macht noch Geschäfte. Doch das muß wohl so sein. . . . J. Kofegger.

In den Städtischen Schauspielern Baden-Baden findet am 29. und 30. Juni ein zweimaliges Gastspiel des Elisabeth Bernger-Ensembles statt. Am Freitag gelangt die „Heilige Johanna“, am Samstag „Mrs. Cheyres Ende“ zur Aufführung. Die Vorstellungen beginnen um 20 Uhr.

Greiling Typ 5 ist eine Sensation. Der fabelhafte Geschmack, der vollkommene Rauchgenuss, das neue, gesetzlich geschützte Mundstück erregen bei allen Feinschmeckern Bewunderung. Schon wenige Tage nach der Einführung werden bereits Millionen täglich geraucht. — Kein Raucher kann sich den Vorzügen dieser neuen 5-Pfg.-Zigarette auf die Dauer verschließen.



